

# Inhaltsübersicht.

	Seite
<b>Polen als Brückenkopf in Politik und Wirtschaft.</b> (Von Dr. Ladislaus Leopold R. v. Jaworski, Vizepräsident des Obersten polnischen Nationalkomitees) . . . . .	III—XI
Polen ein Bollwerk Europas gegen Osten . . . . .	III
Fortschreitende Konzentrierung von Völkern und Staaten . . . . .	IV
Polen gehört zum mitteleuropäischen Block. Politisches und wirtschaftliches Programm des Obersten polnischen Nationalkomitees . . . . .	V—VI
Interesse Mitteleuropas an der Erstarbung Polens. Diesbezügliche Äußerungen der mitteleuropäischen Staatsmänner . . . . .	VI—VIII
Stand der Studien über wirtschaftliche und handelspolitische Lage Polens sowie über dessen wirtschaftlichen Anschluß an Mitteleuropa	VIII—IX
Einteilung des Materials in drei Bänden des Werkes, dessen erster Band vorliegt . . . . .	IX—X
Enger Zusammenhang wirtschaftlicher und politischer Probleme, ungeachtet der Notwendigkeit einer fachlichen Sachlichkeit in der Aufstellung wirtschaftlicher Konstruktionen . . . . .	X—XI
<b>Vorwort des Verfassers.</b> Allgemeine Inhaltsangabe. Theoretische und praktische Ziele der Arbeit. Arbeitstechnik, Quellen und Behelfe. Persönliches . . . . .	XII—XIX

## Erstes Kapitel:

<b>Die Geschichte der wirtschaftspolitischen Annäherung zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland bis zum Ausbruche des Weltkrieges im Jahre 1914 . . . . .</b>	<b>1—43</b>
<b>Erste Periode (1833—1865).</b> Österreich strebt den Eintritt in den deutschen Zollverein an. Hintergrund der Annäherungsversuche. Preußisch-österreichischer Wettbewerb verhindert die Einigung . . . . .	1— 5
<b>Zweite Periode (1875—1891).</b> Volkswirtschaftliche Einigungsmomente treten immer mehr in den Vordergrund. Zollunionistische Bestrebungen im Erstarken begriffen. Bismarcks Stellung zur Frage eines Zollbündnisses mit Österreich-Ungarn. Nochmaliges Scheitern der Annäherungsversuche . . . . .	5—14

<b>Dritte Periode (1891—1900). Machtpolitik und Volkswirtschaft Hand in Hand! Der Dreibund und das Entstehen eines mitteleuropäischen Handelsvertragnetzes . . . . .</b>	14— 16
<b>Vierte Periode (1900—1914). Wirtschaftliche Entfremdung. Sinken der Chancen einer deutsch-österreichisch-ungarischen Zollannäherung. Hochschutzzoll-Ära. Erste Versuche einer neuen Annäherung . . .</b>	16— 30
<b>Übergangsetadium. Wandlungen der Welthandelspolitik im Übergange von der vierten Periode (1900—1914) zur Gegenwart (1914—1916). Ausbau großer Weltwirtschaftsgruppen. Handelspolitische Strömungen. Underwoodtarif. Anzeichen einer Dämmerung der Hochschutzzoll-Ära. An der großen Zeitwende. Das Wiedererwachen der Idee eines wirtschaftlichen Bündnisses zwischen den auf dem Schlachtfelde verbündeten Zentralmächten. Weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Hintergrund . . . . .</b>	34— 38
<b>Die Form einer Zollunion tritt nach und nach im Laufe des Krieges hinter jene eines Zoll- und Wirtschaftsverbündnisses zurück . . . .</b>	38— 41
<b>Charakteristik der während des Krieges entstandenen Literatur . . .</b>	41— 43

## Zweites Kapitel.

<b>Darstellung der Begriffe und Konstruktionen der Zoll-einigungen und Zollannäherungen unter besonderer Berücksichtigung der auf die zukünftigen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland bezughabenden Projekte . . . . .</b>	44—778
---	--------

### Erster Abschnitt.

<b>Allgemeines. Besprechung der theoretischen Literatur und Wiedergabe der bisherigen Definitionen betreffend einzelne Formen der Zolleinigungen und Zollannäherungen . . . . .</b>	44— 47
---	--------

### Zweiter Abschnitt.

<b>Die Zollunion. (Der Zollverein) . . . . .</b>	47— 70
<b>Begriff der Zollunion (nur völkerrechtlich!). Zustandekommen und Auflösung. Wesentliche Merkmale, insbesondere die nach außen hin: nur ein Rechtsobjekt, ferner die nur zeitweise aufgegebene, in thesi weiter bestehende handelspolitische Selbständigkeit der zollunierten Staaten, schließlich die Möglichkeit der Kündigung. Dritte Staaten haben keinen Anspruch auf die im Schoße einer Zollunion bestehende wechselseitige Zollfreiheit oder Zollbevorzugung, da ein neues Rechtsobjekt erstanden . . . . .</b>	47— 54
<b>Zollunionsähnliche Gebilde . . . . .</b>	55— 61

	Seite
a) Zollanschlüsse . . . . .	55— 56
b) Zusammenschlüsse von Zollgebieten auf bundesrechtlicher Grundlage (Staatenbunde, Bundesstaaten) . . . . .	56— 60
c) Zusammenschlüsse von Zollgebieten auf sonstiger »staatsrechtlicher« Grundlage . . . . .	60— 61
Eine begriffsmäßig unwesentliche staatsrechtliche Ergänzung <sup>1)</sup> des völkerrechtlichen Zollunionbegriffes (Übertragung der Zollverwaltung und Zollgesetzgebung an ein gemeinsames Organ)	61— 62
Volkswirtschaftlicher Inhalt der Zollunionen . . . . .	62— 64
Zwischenzölle in Zollunionen . . . . .	64— 66
Die praktische Möglichkeit einer Zollunion zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland in der Gegenwart . . . . .	66— 67
Politische Funktionen der Zollunionen . . . . .	67— 70

### Dritter Abschnitt.

Das Zoll- und Wirtschaftsbündnis . . . . .	70—758
A. Allgemeines über Zoll- und Wirtschaftsbündnisse . . . . .	70— 80
Begriff des Zoll- und Wirtschaftsbündnisses (nur völkerrechtlich!) . . . . .	70
Wesentliche Merkmale eines Zoll- und Wirtschaftsbündnisses. (Ein völkerrechtlicher Vertrag, gerichtet auf ständige einvernehmliche und gemeinsame Führung der gesamten Handelspolitik oder des Gros derselben) . . . . .	70
Unterschied zwischen Zoll- und Wirtschaftsbündnis und Zollunion: im Bündnis trotz gemeinsamen Vorgehens zwei Rechtssubjekte! . . . . .	70— 73
Der volkswirtschaftliche Inhalt eines Zoll- und Wirtschaftsbündnisses. Identität volkswirtschaftlicher Zwecke mit jenen einer Zollunion: Stärkung dem Auslande gegenüber, Erleichterung des Zwischenverkehrs, insbesondere wechselseitige Zollbevorzugung, ja selbst Zollfreiheit . . . . .	74— 76
Tatsächliches Material: Kein Beispiel in der Geschichte. Analyse einiger zollbündnisähnlicher Gebilde . . . . .	77— 78
Ansprüche dritter Staaten auf die im Schoße eines Zoll- und Wirtschaftsbündnisses bestehenden wechselseitigen Zollbegünstigungen bleiben auf Grund der umfänglich unbeschränkten Meistbegünstigung grundsätzlich zu Recht. Das Zoll- und Wirtschaftsbündnis bringt an und für sich keine Änderung der Vertragsverpflichtungen Dritten gegenüber. Über Wirksamkeit obiger Ansprüche dritter Staaten entscheidet nur Interessenspiel und Machtverhältnisse . . . . .	78— 79
Begleiterscheinungen: Assimilierung der wirtschaftspolitischen Gesetze und Einrichtungen, Bildung von Spezialgemeinschaften . . . . .	80
B. Entwurf eines österreichisch-ungarisch-deutschen Zoll- und Wirtschaftsbündnisses . . . . .	81—121

<sup>1)</sup> »Staatsrechtlich« hier im Gegensatze zu »völkerrechtlich« angewendet.

1. Ausbau des Zolltarifes wie überhaupt des Zollwesens . . . . .	81— 111
a) Grundtarif: Bildung eines identischen Grundtarifes als Basis der wechselseitigen Behandlung der zollverbündeten Gebiete und als Unterbau des ganzen Zolltarifsystems . . . . .	81— 84
b) Zollzuschlags-Maximaltarife: zwei zum Teil verschiedene autonome Außenzolltarife auf der Basis des identischen Grundtarifes . . . . .	84— 86
c) Zollzuschlags-Minimaltarife und Vertragzolltarife. Sie können ebenfalls zum Teil verschieden sein, obwohl der identische Grundtarif ihren Unterbau bildet. Die Zollzuschlags-Minimaltarife bestimmen die unterste Grenze der Ermäßigungen für Dritte . . . . .	86— 88
d) Sicherung der Zolleinnahmen vor Kürzungen, die sich bei Ungleichheit der Außenzollsätze aus dem gebrochenen Transitverkehre durch das Gebiet des zweiten verbündeten Reiches ergeben könnten . . . . .	88— 89
e) Verrechnung und Ausgleich (Verteilung) der Zolldifferenzeinnahmen beim gebrochenen Transitverkehre . . . . .	90— 95
f) Veredlungsverkehr: Ausdehnung und Vereinfachung. Industrielle Einfuhrscheine nicht zu empfehlen . . . . .	95— 98
g) Abbau der Zwischenzölle: Keine Generalisierung im Voraus! Nur die jeweilige Notwendigkeit und Möglichkeit entscheidend! Periodische Revision der Schutznotwendigkeit . . . . .	98— 100
h) Zollverwaltung und Zollverfahren . . . . .	100— 101
i) Einige vom obigen Entwürfe teilweise abweichende Konstruktionsideen, u. a. v. Kalchberg, Pistor . . . . .	101— 103
j) Sächlicher Charakter der Zolltarife; Prinzipien für den Tarifinhalt; Momente, die auf die Erstellung der Zölle unter dem Regime des Zoll- und Wirtschaftsbündnisses Einfluß haben sollen. Volkswirtschaftliches Zollsystem anstatt des Solidar- schutzsystems! Sozialpolitische Rücksichten. Prohibitiv-, Kampf-, Verhandlungs-, Exportförderungs- und Erziehungszölle entfallen im Schoße des Zoll- und Wirtschaftsbündnisses und es bleiben nur höchstens Ausgleichungszölle (Schutzzölle im eigentlichsten Sinne des Wortes) bestehen . . . . .	104— 111
2. Das Zustandekommen des österreichisch-ungarisch-deutschen Zoll- und Wirtschaftsbündnisses in formeller Beziehung . . . . .	111— 114
Festlegung der Zollgebietseinheit zwischen Österreich und Ungarn für die Dauer des Zoll- und Wirtschaftsbündnisses mit Deutschland als <i>conditio sine qua</i> . . . . .	111— 112
Gemeinsame Ausarbeitung der Grundzüge des Zoll- und Wirtschaftsbündnisses und der Tarifprinzipien. Verfassungsmäßige Beschließung . . . . .	113
Gültigkeitsdauer des Zoll- und Wirtschaftsbündnisses . . . . .	114

3. Abschluß der Handelsverträge jedenfalls einvernehmlich und im Prinzip gemeinsam bei aller Wahrung der Rechtssubjektivität nach außen! Formalitäten.  
Gemeinsame Institutionen: ständige gemeinsame Zoll- und Handelskonferenz, Expertenkollegien, Schiedsgericht. Kein gemeinsames Zollparlament, keine gemeinsame Zollregierung . . . . . 114—118
4. Wann soll das Zoll- und Wirtschaftsbündnis zustande kommen? . 118—121  
Jedenfalls vor Friedensschluß!  
Politische Vorteile der Beschleunigung . . . . . 118—119  
Vorbereitungen äußerst dringend! . . . . . 120—121
- C. Einwendungen gegen das Projekt eines Zoll- und Wirtschaftsbündnisses zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland (Einwendungen aller Art mit Ausnahme jener handelspolitischer Natur) . . . . . 122—460
1. »Parlamentarische Schwierigkeiten« (dürften unter dem Eindruck des Krieges und des Sieges wesentlich geringer werden) . . . . . 122
2. »Gefahr der politischen Abhängigkeit von Österreich-Ungarn im Verhältnis zu Deutschland.« Nur ein unabhängiges Österreich-Ungarn kann die nichtdeutschen Völker Mitteleuropas von zentrifugalen Bestrebungen abhalten. Österreich-Ungarns Großmachtstellung — ein Bedürfnis Deutschlands! . . . . . 122—126
3. »Der Mangel gemeinsamer gesetzgebender Institutionen als Hemmnis der Einigkeit.« Analyse geschichtlicher Beispiele pro und contra. Loyalität und Kompromißgeist neben der Gemeinsamkeit großer Zwecke helfen über solche Schwierigkeiten hinweg. Majorisierung vielfach gefährlich und nicht notwendig, um Einheit zu erhalten! 126—131
4. »System zu kompliziert.« Kompliziertheit in den Details führt oft zur Vereinfachung im großen. Das Programm der Vertragsverhandlungen mit dritten Staaten müßte immer im Voraus vereinbart werden 131—135
5. »Gefahren der zu langen Dauer des Bündnisvertrages.« Elastische Konstruktion des Zollsystems beseitigt diese Gefahren! Notwendigkeit und Vorteile der längeren Giltigkeitsdauer . . . . . 135—136
6. »Ungleichheit der Produktions- und Absatzbedingungen, insbesondere der Produktions- und Handelskosten der Industrie sowie der öffentlichen Lasten.« Auf welchem Wege ist die Ausgleichung möglich? . . . . . 137—460
- a) Allgemeines . . . . . 137—152  
Die Inferiorität der industriellen, der montanistischen und der landwirtschaftlichen Produktion Österreich-Ungarns im Vergleich zu jener Deutschlands . . . . . 137—140  
Künstliche und natürliche Ausgleichungsmittel . . . . . 140—142  
Eine vollständige, unmittelbare Ausgleichung nicht erforderlich und nicht möglich. Fruchtbringende Opfer notwendig. Neue Arbeitsteilung zwischen den verbündeten Gebieten erforderlich. Kompensationen. Parallelismus in der Anwendung sämtlicher Ausgleichungsmittel . . . . . 142—152

	Seite
b) Zwischenzölle als künstliches Ausgleichungsmittel . . . . .	152—153
c) Zwischenstaatliche Syndizierungen und Rayonierungen der Industrie als künstliches Ausgleichungsmittel . . . . .	153—181
Initiative der Staatsgewalten und der Industrie selbst hinsichtlich der Bildung gemeinsamer Syndikate . . . . .	153
Vorteile der zwischenstaatlichen Syndizierungen gegenüber den Zwischenzöllen . . . . .	154—155
Widerlegung verschiedener Einwendungen gegen das zwischenstaatliche Syndizierungssystem im Zoll- und Wirtschaftsbündnisse . . . . .	156—159
Das einvernehmliche Eingreifen der Staatsgewalten im Schoße des Zoll- und Wirtschaftsbündnisses in das Leben der zwischenstaatlichen Syndikate in formeller und materieller Hinsicht	159—161
Zusammenfassung verschiedener voneinander abhängiger Branchen im Syndikats-Etagenbau. Welche Kategorien der Industrie eignen sich in erster Linie für zwischenstaatliche Syndizierung? . . . . .	162—164
Beteiligung Deutschlands und Österreich-Ungarns an bisher bestandenen internationalen Kartellen (Aufzählung) . . . . .	164—167
Zusammenstellung der beim Wegfalle der Zwischenzölle möglichen und nötigen zwischenstaatlichen Syndikate im Schoße des Zoll- und Wirtschaftsbündnisses . . . . .	167—171
Widerlegung der auf staatstheoretischen Bedenken beruhenden Einwendungen gegen das im Zoll- und Wirtschaftsbündnisse unerlässliche, weitgehende Eingreifen des Staates in das Syndikatsleben . . . . .	171—175
Sonstige Einwände gegen das Syndizierungssystem und deren Widerlegung . . . . .	175—181
d) Die Industrieförderung sensu stricto als künstliches Ausgleichungsmittel . . . . .	181—185
Hauptmethoden der Industrieförderung: Subventionen, billige und langfristige Kredite, Bevorzugung bei öffentlichen Lieferungen u. dgl. . . . .	181—182
Einwendungen gegen die Industrieförderung und deren Widerlegung . . . . .	182—184
Nebeneffekte der Industrieförderung . . . . .	184—185
e) Das neue Zollsystem, insbesondere Zollermäßigungen und Zollaufhebungen in der Einfuhr nach Österreich-Ungarn aus Deutschland als ein Mittel der natürlichen Ausgleichung . . . . .	185—275
Die steigende Erkenntnis der Nachteile und Gefahren des Hochschutzzollsystems im allgemeinen. Je schwächer die ideellen Zölle, nämlich die Wirtschaftstüchtigkeit der Menschen und die wirtschaftliche Organisation, desto gefährlicher und unwirksamer die Hochschutzzölle . . . . .	185—191

Deutschland und Frankreich. (Eine Parallele.) Österreich-Ungarns Rückständigkeit im Vergleiche zu Deutschland auf dem Hintergrunde der Zollsysteme. Diese Rückständigkeit wird wohl auch durch das übertriebene, den Entwicklungsbedürfnissen nicht angepaßte Hochschutzzollsystem mitbewirkt . . .	196—200
Österreich-Ungarn bleibt im Welthandel zurück . . . . .	201—202
Quantitative und qualitative Verschlechterung der Handelsbilanz Österreich-Ungarns unter dem Regime des letzten Zolltarifes im allgemeinen, insbesondere aber in den Beziehungen zu Deutschland . . . . .	202—214
Beispiele, aus welchen im Zusammenhange mit der obigen Verschlechterung der Handelsbilanz die Unwirksamkeit des geltenden Zollsystems zu ersehen ist . . . . .	214—215
Einige Aktiva der wirtschaftlichen Entwicklung der Monarchie ungeachtet derselben wird die Distanz zwischen der Monarchie und Deutschland auf den meisten Gebieten immer größer . .	215—216
Die Rückständigkeit der landwirtschaftlichen Produktion in Österreich-Ungarn im Vergleiche zu Deutschland und die Ursachen derselben . . . . .	217—225
Schätzung der Produktionswerte, des Volksvermögens und des Volkseinkommens in beiden Reichen . . . . .	226—230
Rückständigkeit Österreich-Ungarns auf dem Gebiete der Bevölkerungsbewegung und der Bevölkerungsschichtung im Vergleiche zu Deutschland und im Zusammenhange mit der Unzulänglichkeit der Produktion: Bevölkerungszuwachs, Volksernährung, Auswanderung, Volksbildung, Berufsstatistik . .	230—232
Das unrichtige Zollsystem als eine der Ursachen der unverhältnismäßig drückenden und besonders gefährlichen Teuerung in Österreich-Ungarn . . . . .	232—236
Gestaltung der Zahlungsbilanz der Monarchie (unter anderem unter dem Einflusse des unrichtigen Zollsystems) . . . . .	237—239
Chancen der Besserung derselben durch ein Zoll- und Wirtschaftsbündnis mit Deutschland, welches dadurch vom Gläubiger zum Kompagnon der Monarchie wird. Dieses Zoll- und Wirtschaftsbündnis bietet der Monarchie die einzige Gelegenheit, sich in ihren wichtigsten Wirtschaftsbeziehungen vom schädlichen Hochschutzzollsysteme gefahrlos loszulösen . . .	239—249
Noch einiges über die bisherige Überschätzung der Wirksamkeit der Hochschutzzölle im allgemeinen. Hinweis auf die letzte nordamerikanische Tarifreform (Underwood-Tarif im Jahre 1913), auf die mit demselben im Hochschutzzollsysteme geschlagene gewaltige Bresche, auf die partielle Nachahmung dieses Beispielen seitens einer Reihe von kleineren Staaten. Die Besserung der inneren Wirtschaftsbilanz, die Verbilligung der Produktion und des Konsums als Ausgangspunkt	249—254

für die Besserung der Handels- und Zahlungsbilanz. Welchen Anforderungen soll die künftige Wirtschaftspolitik, insbesondere Zollpolitik der Monarchie entsprechen? Fortschreitende Demokratisierung. Konsumpolitik zugunsten großer Massen. Produktionspolitik zugunsten möglichst vieler Produzenten und nicht bloß zugunsten der reichsten und mächtigsten unter ihnen. Das Zoll- und Wirtschaftsbündnis beinhaltet einen mittelbaren, jedoch äußerst wirksamen Zwang, die Wirtschaftspolitik, die Wirtschaftsgesetzgebung und die Verwaltung der Monarchie im Geiste einer wirklichen Förderung der Volkswirtschaft umzugestalten . . . . .	254—275
f) Öffentliche Abgaben und Monopole . . . . .	276—323
Durchschnittssteuerbelastung in Österreich-Ungarn bisher größer als in Deutschland. Diese Tatsache kein Hindernis eines Zoll- und Wirtschaftsbündnisses, da Steuerbelastung im Bereiche Deutschlands gleichwie Österreich-Ungarns sehr ungleichmäßig . . . . .	276—279
Übermäßige Belastung der Städte und des Konsums weiter Schichten in Österreich — ein Hindernis der wirtschaftlichen Entwicklung! . . . . .	280—284
Ebenso die Einrichtung und die Gesamthöhe der Aktienbesteuerung! Rückständigkeit der Monarchie im Vergleiche zu Deutschland auf dem Gebiete des Aktienwesens. Reformvorschläge . . . . .	285—298
Reformvorschläge, betreffend die Erleichterung der Lebenshaltung weiter Bevölkerungsschichten . . . . .	299—301
Ausfall an Zolleinnahmen im Zoll- und Wirtschaftsbündnisse .	302—303
Neue Passivposten im österreichischen Budget infolge unerlässlicher wirtschaftlicher Reformen sowie infolge des Krieges. Die Kriegslastenmilliarden. Bedeckung . . . . .	303—305
Kriegsgewinne und Kriegsgewinnsteuern . . . . .	305—308
Vorschläge zu einer mehr gleichmäßigen Verteilung der Steuerlast, zur Erhöhung der Einnahmen aus einigen bestehenden Steuern, zur Einführung einiger neuen Steuern . . . . .	308—312
Monopole als eine noch nicht hinreichend ausgenützte Einnahmequelle. Einzelne Projekte auf diesem Gebiete . . . . .	312—318
Beteiligung des Staates am Gewinne syndizierter Industrie- und Handelsbranchen. Ersparnisse aus einer Verwaltungsreform . . . . .	318—319
Zusammenfassung: der unmittelbaren Bedeckungsmöglichkeiten. Mittelbare Bedeckung durch Hebung der Wirtschaft in Zoll- und Wirtschaftsbündnisse . . . . .	319—320
Obwohl Verschiedenheit der Besteuerung kein Hindernis des Zoll- und Wirtschaftsbündnisses, wird die Assimilierung auf diesem Gebiete nach Tunlichkeit angestrebt werden müssen .	320—323

g) Verkehrswesen (Eisenbahnen, Wasserstraßen, Seeschifffahrt) . .	323—358
Rückständigkeit der Monarchie im Vergleiche zu Deutschland auf dem Gebiete des Verkehrswesens. Ursachen: einerseits geographische Lage, Terrainverhältnisse usw., anderseits Ver- nachlässigung . . . . .	323
Rückständigkeit der Monarchie auf dem Gebiete des Eisenbahn- wesens . . . . .	324—325
Vergleichung der Tarifsysteme in der Monarchie und Deutschland	325—328
Rückständigkeit der Monarchie auf dem Gebiete der Binnen- schifffahrt . . . . .	328—331
Vorschläge zur teilweisen Behebung obiger Ungleichheiten . .	331
Ergänzung und Ausrüstung des Eisenbahnnetzes . . . . .	332
Verbesserung und Erweiterung des Wasserstraßensystems in Österreich im Anschluß an jenes des Deutschen Reiches . .	332—338
Die Kostenfrage . . . . .	338—340
Reform der Eisenbahnverwaltung und Verbilligung des Eisen- bahnbetriebes in Österreich . . . . .	340—341
Volkswirtschaftliche Reform der Eisenbahntarife in Österreich .	341—342
Schaffung und Ausbau einer weitgehenden Verkehrsgemeinschaft Österreich-Ungarns mit Deutschland . . . . .	342—343
Der traditionelle Widerstreit zwischen der Handels- und Ver- kehrspolitik und die gegenseitige Befehdung der Bundes- genossen auf dem Verkehrsgebiete, wie sie bisher gang und gäbe war, müssen im Schoße des Zoll- und Wirtschaftsbünd- nisses aufhören . . . . .	344—348
Errichtung einer gemeinsamen Zentralstelle für die Regelung und Verwaltung gemeinsamer Verkehrsangelegenheiten (Bünd- nisverkehrszentrale) und Wirkungskreis derselben . . . . .	348—354
Österreichisch-ungarische und deutsche Seeschifffahrt. Ver- gleichende Daten. Gemeinsame Aufgaben in der Zukunft . .	354—358
h) Gesetzgebung und öffentliche Verwaltung . . . . .	358—367
Skizzenweise Darstellung der Rückständigkeit der österreichischen Gesetzgebung und der schädlichen Einflüsse dieses Übelstandes auf die Produktionsbedingungen. Modernisierung und gründ- liche Verbesserung unbedingt notwendig — jedoch Assimi- lierung mit Deutschland nur teilweise zu empfehlen . . . . .	358—365
Ursachen der Rückständigkeit der österreichischen Verwaltung und Reformvorschläge auf diesem Gebiete . . . . .	365—367
i) Währung und Münzwesen . . . . .	367—384
Allgemeine Valutaentwertung in den kriegführenden Staaten in- folge des Krieges. Stärkere Einbuße der österreichisch-ungari- schen Währung als jene der deutschen und die Ursachen dieser Erscheinung. Wirkung der Valutaentwertung auf Produktions- verhältnisse, Lebensteuerung, Handels- und Zahlungsbilanz .	367—371

Maßregeln zur Herstellung der Parität der österreichisch-ungarischen Währung mit der deutschen im Interesse des Zustandekommens und des Gedeihens des Zoll- und Wirtschaftsverbündnisses . . . . .	371—380
Währungsungleichheit — eine zolltechnische Erschwerung des Zoll- und Wirtschaftsverbündnisses? . . . . .	380—381
Eine Münzkonvention als erwünschte Ergänzung des Zoll- und Wirtschaftsverbündnisses . . . . .	381—384
j) <b>Kapitalverhältnisse</b> . . . . .	384—403
Die quantitative und qualitative Rückständigkeit der österreichisch-ungarischen Kapitalbildung im allgemeinen und im Vergleiche zu Deutschland . . . . .	384—391
Mittel zur sukzessiven Ausgleichung dieser Ungleichheit . . . . .	391—397
»Kapitalbündnis« . . . . .	398—403
k) <b>Arbeitsverhältnisse</b> . . . . .	404—437
Ungleichheit der Arbeitsverhältnisse in Österreich-Ungarn und Deutschland. (Trotzdem Löhne in der Monarchie durchschnittlich niedriger, ist die Produktion der Monarchie mit höheren Lohnkosten belastet, u. a. infolge geringerer Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft) . . . . .	404—405
Vergleich der Löhne. Eine ziffermäßige Darstellung des Unterkonsums der Monarchie im Vergleiche zu Deutschland . . . . .	404—410
Die geringere Leistungsfähigkeit der Arbeiter wird durch die schlechtere Ernährung und durch die größere Teuerung der Lebensmittel und Mietzinse mitbewirkt. Verschiedene andere Momente, welche auf Arbeitslust in der Monarchie im Gegensatze zu Deutschland hemmend wirken . . . . .	410—422
Ausgleichung nur durch gründliche Änderung der Wirtschaftspolitik u. a. auch des Zollsystems möglich und würde durch das Zoll- und Wirtschaftsverbündnis bewirkt werden . . . . .	422—428
Arbeiterschutz (Vergleich und Ausgleichung) . . . . .	428—430
Arbeiterversicherung (Vergleich und Ausgleichung) . . . . .	430—437
l) <b>Arbeitsorganisation und Arbeitsgeist</b> . . . . .	437—448
Ungleichheitsmomente: Die österreichisch-ungarischen Unternehmungen weisen einen größeren Prozentsatz veralteter Betriebe auf. Bessere Automatisierung der Betriebe in Deutschland, größere Spezialisierung, durchschnittlich größere Betriebe, engerer Zusammenhang mit der Wissenschaft, sorgfältigere Ausbildung von Facharbeitern usw. . . . .	437—439
Massenabsatz in Deutschland. Mangel an Großhandel und Konsumzersplitterung in der Monarchie usw. Deutscher Arbeitsgeist. Deutsche Organisationsgabe. Gewisse psychische Vorzüge der österreichischen Unternehmerschaft. Künstliche Ausgleichung durch Zwischenzölle und ihre Surrogate. Zoll- und Wirtschaftsverbündnis bringt gleichzeitig Markt-	

erweiterung für die österreichisch-ungarische Industrie mit sich . . . . .	433—444
Einfluß gemeinsamer Syndikate. Zwang der stärkeren deutschen Konkurrenz und wechselseitige Durchdringung als natürliche Ausgleichungsmittel . . . . .	444—448
m) Psychische Reformunfähigkeit. Österreichischer Pessimismus und Hyperkritizismus. Mutmaßliche Stärkung der österreichischen Psyche nach dem Kriege . . . . .	448—452
n) Allgemeine Ausgleichung der unmittelbar unbehebaren Ungleichheitsmomente . . . . .	452—460
Stärkung des inneren Konsums und Hebung der Produktion durch Verbilligung bei der Entwicklung des Exportes usw. versprechen eine Ausgleichung der unmittelbar unbehebaren Ungleichheitsmomente in der Endsumme mit sich zu bringen. Beispiele aus der Geschichte des deutschen Zollvereines . . . . .	452—459
Ungarische und galizische Industrie haben trotz einer besonderen Ungunst der Produktionsverhältnisse im Vergleich zur west-österröichischen Industrie bedeutende Fortschritte gemacht . . . . .	459—460
D. Einwendungen handelspolitischer Natur gegen das Zoll- und Wirtschaftsbündnis der Zentralmächte . . . . .	460—758
a) Angebliche Gefahr einer Benachteiligung des schwächeren Österreich-Ungarn durch das stärkere Deutschland bei der Festsetzung der Zolltarife und beim Abschlusse von Handelsverträgen nach Zustandekommen des Zoll- und Wirtschaftsbündnisses! Widerlegung dieser Einwendung: Politisches und industrielles Deutschland hat ein großes Interesse an der wirtschaftlichen Stärkung des Bundesgenossen. Je stärker Österreich-Ungarn, desto besserer Abnehmer für deutsche Industrieerzeugnisse wird es werden. Die Stelle der bisherigen Konkurrenz wird Interessengemeinschaft einnehmen . . . . .	460—466
b) Der Minimaltarif — angeblich eine Erschwerung des Abschlusses von Handelsverträgen! Vor- und Nachteile des Minimaltarifsystems. Der wirtschaftspolitische Aufklärungsdienst . . . . .	466—468
c) Erschwerungen der handelspolitischen Lage Österreich-Ungarns und Deutschlands dritten Staaten gegenüber, welche sich im Hinblick auf die formellen Rechte dieser Staaten oder auf ihre etwa gefährdeten Interessen aus dem Zustandekommen des Zoll- und Wirtschaftsbündnisses ergeben könnten . . . . .	469—758
Allgemeines über Meistbegünstigung und Zollbevorzugung. Theorie, Literatur. Allerdings sind dritte neutrale Staaten berechtigt, soweit sie mit den Zentralmächten Meistbegünstigungsverträge haben, gegen die Zollbevorzugungen im Schoße des Zollbündnisses Repressalien zu ergreifen. Zumindest könnte sich der Abschluß neuer Handelsverträge mit diesen Staaten in der Zukunft schwieriger gestalten. Ist eines von beiden oder	

beides zu befürchten? Darüber kann nur eine detaillierte Analyse der Interessen und der Machtverhältnisse Aufschluß geben . . . . .	Seite 468—473
Tabellarische Zusammenstellung der Gesamtausfuhr aus Österreich-Ungarn und Deutschland, insbesondere Teilung des Exportes aus den Zentralmächten auf verbündete, feindliche und neutrale Staatengruppen, wobei die Ausfuhr nach jenen Staaten, welche gegen das Zollbündnis der Zentralmächte auf Grund der Meistbegünstigung aufzutreten berechtigt wären, besonders ausgewiesen erscheint. Diese letztere Gruppe stellt kaum 30% der Gesamtausfuhr der Zentralmächte dar! . . . . .	474—478
Analyse der tatsächlichen Handelsbeziehungen der Zentralmächte mit einzelnen neutralen Staaten. Aus dieser Analyse geht hervor, daß die Gefahren der Anfechtung des Zoll- und Wirtschaftsbündnisses der Zentralmächte, beziehungsweise einer handelspolitischen Befehdung derselben auf diesem Hintergrunde ganz unbedeutend sind . . . . .	478—634
Neutrale Staaten ohne Meistbegünstigung . . . . .	478—562
Brasilien . . . . .	480—493
China . . . . .	493—501
Vereinigte Staaten von Amerika . . . . .	502—548
Argentinien . . . . .	549—562
Allgemeines über meistbegünstigte neutrale Staaten . . . . .	562—566
Persien . . . . .	566
Die Schweiz . . . . .	567—575
Die Niederlande und Niederländisch-Indien . . . . .	575—589
Dänemark . . . . .	590—597
Norwegen . . . . .	597—604
Schweden . . . . .	604—612
Rumänien (war zur Zeit der Verfassung des Bandes noch neutral!) . . . . .	612—620
Griechenland . . . . .	620—627
Chile . . . . .	627—634
Was müssen sich die Zentralmächte in Friedensverträgen ausbedingen? Allgemeine Analyse der Interessen der gegenwärtig feindlichen Staaten in bezug auf ihre mutmaßliche Stellung zu dem zukünftigen wirtschaftlichen Zusammenschlusse der Zentralmächte. Das Interesse der Vierverbandsmächte an der Pflege guter Handelsbeziehungen mit den Zentralmächten nach dem Kriege . . . . .	635—654
Detailanalyse der einschlägigen Interessen der Vierverbandsmächte . . . . .	655—671
Rußland . . . . .	655—661
England . . . . .	661—667
Frankreich . . . . .	667—670
Italien . . . . .	670—671

Stimmen der Optimisten und der Pessimisten über die zukünftige Gestaltung der wechselseitigen kommerziellen und handelspolitischen Beziehungen zwischen den Ententemächten und den Zentralmächten . . . . .	671—677
Das Zoll- und Wirtschaftsbündnis der Zentralmächte darf keine offensiven Zwecke verfolgen . . . . .	677—680
Autarkie nur in geringem Maße realisierbar und als Losungswort, von einer gewissen Grenze angefangen — gefährlich! . . .	680—691
Die voraussichtliche Gestaltung der inneren wirtschaftlichen Verhältnisse in allen kriegführenden Staaten nach dem Kriege. Identität der Interessen derselben auf diesem Hintergrunde, folglich die allgemeine Misere als Annäherungsmotiv! . . .	691—701
Gewaltige und nicht mehr rückgängig zu machende Entwicklung des Weltaußenhandels setzt sich fortgesetzten Wirtschaftskriegen elementar entgegen . . . . .	702—703
Ein Zoll- und Wirtschaftsbündnis der Ententemächte trotz aller Propaganda undenkbar! . . . . .	703—718
Bisherige Vorschläge in dieser Richtung . . . . .	703—707
Pariser Wirtschaftskonferenz . . . . .	708—710
Britisch-französische Vorbereitungen zur Fortsetzung des Wirtschaftskrieges nach dem Weltkriege . . . . .	710—713
Sachliche Kritik solcher Projekte und Versuche. Sicherung gegen ihre Realisierung durch das Zoll- und Wirtschaftsbündnis der Zentralmächte . . . . .	713—718
Das Bild der zukünftigen Entwicklung der Weltwirtschaftsgruppen auf Grund des Konzentrationsprinzipes und des Gleichgewichtsgesetzes . . . . .	718—758
Das Konzentrationsprinzip als Ausgangspunkt . . . . .	718—720
Die natürliche Gruppierung (nach Ausschaltung einer besonderen Annäherung der Vierverbandsmächte als unnatürlich) . . .	720—726
Eine europäische Wirtschaftsgemeinschaft aus Initiative des mitteleuropäischen Zoll- und Wirtschaftsbündnisses! . . . . .	726—731
Defensivzollallianz Europas gegen Nordamerika und Ostasien. Nordamerikanische und ostasiatische Gefahr. Abwehrmittel der europäischen Zollallianz — gegen alle Friedensstörer auf handelspolitischem Gebiete gerichtet. Zollmaxima . . . . .	731—736
Verallgemeinerte Anwendung der Prinzipien der Brüsseler Konvention. Bekämpfung der Rohstoffzufuhrboykotte. Grundsätze für den Abschluß von Handelsverträgen in der Zukunft . .	736—746
Aussichten für den Anschluß Englands und Frankreichs an die europäische Defensivzollallianz . . . . .	746—748
Weitere Entwicklung: Einbeziehung der Vereinigten Staaten in die Defensivzollallianz der weißen Welt gegen die gelbe. Schlußakt: die Weltsolidarität! . . . . .	748

Realisierung großer geschichtlicher und wirtschaftlicher Gleichgewichtsgesetze durch den Krieg und nach dem Kriege . . .	748—756
Regelung der Kapitalbeteiligung einzelner Mächte an der Befruchtung von Neuländern . . . . .	756—758

Vierter Abschnitt.

Die einfache Vorzugsbehandlung . . . . .	759—774
Diese Form der Annäherung zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland wird u. a. von den Gegnern einer wirklichen und wirksamen Annäherung, insbesondere von den Gegnern des Umbaues des schädlichen Zollsystems in der Monarchie propagiert . . . . .	759—762
Ein gefährliches Halbmittel! Unmöglichmachung der unumgänglichen inneren Wirtschaftsreform. Verschärfung der Gegensätze zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland. Einengung der Lage der Monarchie. Inkonsequenzen . . . . .	762—774

Fünfter Abschnitt.

Ein verbesserter gewöhnlicher Handelsvertrag (ohne Vorzugszölle). Zwecklosigkeit und Unwirksamkeit dieser Annäherungsform. Die Gefahren einer versteckten Vorzugsbehandlung . . . . .	774—778
---	---------